

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspresse: Für den halben Monat 1 G. Mark
bei freier Zustellung durch Post
Postbezug für Monat 2.00 G. Mark für die Höhe-Gesamtheit
monatlich 2 Fr. 15. Abgabebestellungen: im Voraus wöchentlich
0.90 G. Mark, nach dem Eingangsnummer 10 G. Pfennig
Auslands 1.20 G. Mark.

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.90 G. Mark
für sechs bis 0.35 G. Mark für den Rest
0.50 G. Mark. Die Restzeile, 21 mm breit, kostet 1.50 G. Mark
für sechs bis 2.00 G. Mark. Die Restzeile für Druck-
anzeigen beträgt 0.10 G. Mark. — Für Anzeigen an bestimmten
Tagen und Tagen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Nachdrucke (ohne Abgabe) werden weder zurückgefordert noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Drucker keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anzeigens

Nr. 119

Mittwoch, 21. Mai 1924

XXXII. Jahrg.

Der Kampf um die künftigen Sanktionen

Belgien und Italien für eine interalliierte Konferenz — Ein neuer englischer Plan — Preussischer Protest gegen Bayerns Einmischung in die Welfenabstimmung

Führerausprache der Mittelparteien

B. Berlin, 20. Mai. (Sg. Drahtbericht.) Die gestrige Führerausprache der Mittelparteien hat noch nicht zu einer Formulierung des außenpolitischen Programms geführt, auf das sich die drei Parteien bei den Verhandlungen um die Regierungsbildung einigen wollen. Die Besprechungen werden heute fortgesetzt. Die Bayerische Volkspartei war bisher zu diesen Besprechungen nicht zugezogen worden. Wie die „Germania“ berichtet, aus einem innerlichen Grunde. Es sei nicht bekanntgemacht, ob sich deren Mitglieder schon in Berlin befinden. Über den letzten Stand der Dinge berichtet die „Germania“: „Die Mittelparteien sind der Auffassung, daß die Lage unserer Wirtschaft keine lange Einmündigung der Entscheidung des Sachverständigenausschusses verträgt. Die Mehrheit der Deutschen, auch eine Generalabstimmung über das Gutachten anzustellen, der dann noch eine Spezialdebatte folgen soll, ist es nun mit der endgültigen Entscheidung erst im Oktober zu rechnen hätte, wird von den Mittelparteien entschieden abgelehnt. Man ist mit Recht der Auffassung, daß die Entscheidung in den nächsten Wochen erfolgen muß. Die Zentrumsfraktion ist nämlich für die Annahme des Sachverständigenausschusses.“

Die Verhandlungen der Mittelparteien plädierten, wie die „Germania“ meldet, eine Einladung der Deutschnationalen an das Zentrum, die Bayerische und die Deutsche Volkspartei zu einer Besprechung am Mittwoch über die Regierungsbildung. Die Deutschnationalen sind zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden. Die Mittelparteien sind aber übereingekommen, Verhandlungen mit anderen Parteien nur im gegenseitigen Einverständnis anzunehmen. Deshalb werden, so berichtet wenigstens die „Germania“, die genannten Parteien dieser Einladung kaum folgen. Im Zentrum herrscht Einmütigkeit darüber, daß die „Führung der Politik nur bei der Mitte liegen kann, daß aber keine Mitarbeit abgelehnt werden soll, die sich in das außenpolitische Programm der Mittelparteien einfügt.“ Der Ton liegt hier durchaus auf dem Wort „Führung“. Man wünscht, wie das auch schon mehrfach von und betont worden war, die Kabinettbildung und mit ihr den Kanzlerposten nicht den Deutschnationalen auszuhandeln.

Das Zentrum, das gestern seine erste Fraktionsabstimmung abhielt, wird sich heute von neuem versammeln. Ebenso will die Deutsche Volkspartei heute eine Sitzung abhalten. Die Deutschnationalen werden sich heute mittags überhaupt zum erstenmal zusammensetzen, das heißt die Demokraten. Für den kommenden Dienstag, den Tag des Zusammentritts des Reichstages, sind leider allerlei Standardsitzungen zu erwarten. Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat die kommunistische Zentrale an ihre Organisationsleiter ein Rundschreiben verschickt, in dem sie für den Tag der Reichstagsabstimmung anordnet, daß alle Betriebe Delegationen nach dem Reichstag schicken, vor allem die Frauen von Industriellen und schon einmal verhafteten Gewerkschaften, die die Tribüne füllen und eine große Anzahl Standardsitzungen für eine sofortige Annahme inszenieren sollen. Das kommunistische Rundschreiben bezeichnet das als erste Aktion der Kommunisten im Reichstag. Man wird sich leider darauf einzurichten haben, daß sie nicht die letzte bleiben wird.

Die Nachtigall von Basel

Georg Brandes, der große dänische Gelehrte, besaß sich kürzlich einmal in einem Briefe sehr temperamentvoll und auch etwas bitter über den doktrinären und abstrakten Zug in der heranwachsenden deutschen Jugend, deren blühende Idealismus und deren jugendliche Aufnahmefähigkeit für alles Neue er sonst so liebte. Jugend liebt es zwar, doktrinär zu sein, intolérant eine Idee oder einen Glauben zu verstehen, und erst die reifenden Jahre pflanzen die Überzeugung von der Relativität aller Lehren, Meinungen, Theorien, Systeme und Glaubenssätze in die Herzen der Menschen.

Aber die Deutschen waren stets sozusagen das doktrinäre Volk an sich, und der Genuß der Doktrin begleitete sie zumeist ihr ganzes Leben hindurch. Das war ein Unglück. Erstens weil die Doktrin sie unpraktisch (unpraktisch letzten Endes trotz aller praktischen Fertigkeiten auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete) machte, und zur Teilung der Welt, wie Schillers Dichter zu spät kommen ließ. Und ein noch größeres Unglück, weil nicht neben dem Doktrinären ein Ideolog steht. Die politische Weltanschauung der Deutschen in den letzten fünfzig Jahren und in jedem Jahre, das dem großen Kriege folgte, steht unter dem Zeichen des Doktrinären und des Ideologen. Des Doktrinären, der nicht die wirkliche Welt, sondern nur seine Bücher, Systeme und Lehren kennt, und des Ideologen, der die Wirklichkeit nach diesen Büchern, Systemen und Lehren meißelt und umschaffen will.

Rabbiner, das die dringenden Fragen der Außenpolitik auf praktische Art und Weise löst! Kein, unter einem neuen System ist man's nicht! Und man klagt an, zu argumentieren und zu diskutieren. Ja, nicht über das Regierungssystem an sich. Dann über das Regierungssystem in Deutschland in den letzten Jahren im besonderen. Endlich über das Regierungssystem, das Deutschland eigentlich haben müßte — um dann schließlich, wenn die letzte Stunde gekommen ist und das Chaos der Regierunglosigkeit hereinbrechen droht, ein hartes „Ja“ zu sagen. Ein Kompromiß zu schließen.

Der neue Reichstag scheint in dieser Beziehung nicht mehr Freude bereiten zu wollen als der alte. Und es wäre auch verwunderlich, wenn es anders wäre. Würde doch nach demselben Modus gewählt und sich doch fast dieselben Männer im neuen Reichstag, die auch im alten schon saßen. Da ist es nun sehr interessant, was ein scharfsichtiger Engländer, Mr. Dell, der bekannte Journalist und Schriftsteller, dieser Tage in der „Frankfurter Zeitung“ über die deutschen Reichstagswahlen schrieb. Die Deutschen können wirklich aus seinen Worten etwas lernen. Mr. Dell schreibt:

„Es ist das erste Mal, daß ich eine deutsche Reichstagswahl miterlebt habe, und ich stehe unter dem Eindruck des großen Unterschiedes zwischen ihr und einer Wahl in England. In England wird der Wahlkampf immer um die unmittelbaren politischen Aufgaben des Augenblicks ausgefochten. Die Partei, die bisher am Ruder war, hat ihre Politik zu revidieren, und die Parteien, die in der Opposition gewesen sind, haben zu sagen, was ihre Politik sein würde, wenn sie zur Regierung kämen. Hier, so scheint es mir, spielen dagegen die unmittelbaren politischen Forderungen des Tages nur eine kleine Rolle bei den Wählern, die sich hauptsächlich um allgemeine Theorien zu drehen scheinen. Es wird von den Wählern verlangt, für moralische Grundzüge zu stimmen oder für nationalitäre oder für demokratische Theorien oder für irgendwelche andere, nur nicht für ein wirklich praktisches politisches Programm. In England ist ferner auch die Frage der Person des zu Wählenden von höchster Wichtigkeit. In Deutschland achtet man darauf kaum. Man kann auch gar nicht darauf achten, denn die Wähler werden nicht aufgefordert, sich für einzelne Personen zu entscheiden, sondern für Parteien.“

Meine deutschen Freunde sagen mir immer, daß es wenig politischen Sinn in Deutschland gebe, daß wie Herr Wilson einmal sagte, die Deutschen „ein unpolitisches Volk“ seien — und ich habe ihnen nicht zu widersprechen. Aber politisches Verständnis kann nur durch politische Schulung erreicht werden. Wenn man politisches Verständnis in Deutschland pflegen will, so ist es das erste, was mir am dringendsten nötig scheint, daß man das Wahlsystem ändere. Man gebe den Wählern das Recht, ihre eigenen Vertreter zu wählen, statt ihnen bloß das Recht zu geben, zu wählen zwischen verschiedenen Listen, die von dem Partei-Kauf aufgestellt werden. Seit die Wähler die Reihenfolge der Kandidaten auf den Listen nicht einmal mehr ändern können, ist der Reichstag doch tatsächlich ernannt durch den Kauf der Parteien und nicht durch die Wähler. Das ist keine Demokratie, zu der doch ein engerer Kontakt zwischen den Wählern und ihren Vertretern gehört. In Deutschland sind die Wähler notwendigerweise außer Achtelung mit den von ihnen gewählten Abgeordneten und haben keine wirkliche Kontrolle über sie. Sie können nur bestimmen, daß ihre Abgeordneten sich zu gewissen Grundzügen bekennen, aber das Bekenntnis zu gewissen Grundzügen ist doch nicht genug in der Politik. Es kann ein Mann ausgezeichnete Grundzüge haben und ein sehr schlechter Politiker sein. Es scheint in Deutschland keinen Weg zu geben, solche unfähigen Politiker loszuwerden. Tatsächlich verlieren sich gewisse Beispiele, zu glauben, daß es in der deutschen sozialdemokratischen Partei nichts Erfolgs hat als der Mißerfolg.“

Es ist nach Mr. Dell vergeblich, von einer Reform zu verlangen, daß sie politischen Wert hat und daß die deutsche politische System — damit hat Mr. Dell vollkommen recht — ist eine Nachtigall. Wir haben auf die Schwächen des deutschen Wahlsystems in den letzten Monaten des vergangenen Jahres mehr als einmal aufmerksam gemacht. Wir haben immer wieder eine Revision des jetzigen Wahlsystems verlangt. Aber sind diese Forderungen nicht erfüllt worden. Wir müssen unsere Hoffnungen nun darauf richten, daß der neue Reichstag diese Arbeit energisch in Angriff nimmt, obwohl wir, offen gestanden, nicht beabsichtigen

Herriot vor den Soren

Telegramm unseres Korrespondenten
Paris, 20. Mai. Bei den Welschenparteiern der Deputiertenkammer herrscht am Vorabend der Ankunft Herriots in der Hauptstadt und der bevorstehenden politischen Besprechungen im Elysee-Palast begreifliche Spannung. Die Konstitution der Sozialisten, Eintritt des Präsidenten der Republik, bildet den Brennpunkt aller Diskussionen in den Verhandlungen des Palais Bourbon. Painlevés Unentschiedenheit, die Resolution der radikalen Gruppe, deren Mitglied er ist, zu unterstützen, nämlich Millerands Demission zu beantragen, wird darauf zurückgeführt, daß Painlevé als radikaler Millerand ins Spiel kommen könnte, als auf ein den Unentschieden entsprechendes Taktgefühl. Herriot's Standpunkt ist unklar. Seine Freunde, A. B. der Deputierte Montel, verlangen, daß Herriot ein unverändertes Parzellarkabinett bilden solle. Dagegen behaupten die radikalen Mitglieder, Herriot würde die Rolle zu spielen, daß die im Wahlkampf geschlossenen republikanischen Parteien gänzlich behandelt würden und daß Millerand noch eine Schenke angeschlossen werden solle. Sein persönlicher Eindruck, den ich aus Gesprächen mit mehreren Politikern empfinde, geht dahin, daß man eine durchgreifende Beteiligung aller Elemente verlangt, die das äußerst schwierige Werk eines Kabinetts irgendwie führen und koordinieren könnten. Es sei schon gerade genug, zu erklären man sie, die große Boulevardpresse mit ihren hinterhältigen Angriffen im Rücken zu haben. Es mag vor dem Elysee haltmachen wird, hängt von der Entscheidung der Führer der Welschenpartei ab. In Südafrika hält die Stimmung gegen Millerand an. Deputierte dieser Wahlkreise werden mit Depeschen, in denen die Demission des Präsidenten verlangt wird, förmlich bombardiert. Eine Zweifel ist die Präsidentschaft Millerands zu einem bedeutenden Hindernis auf dem Wege der Kabinettbildung geworden.

Ein neuer Sanktionsplan

Paris, 20. Mai. (Sg. Drahtbericht.) Der englische General Spears, der gleichzeitig Abgeordneter im Unterhaus ist, veröffentlicht heute früh im linksdemokratischen „Demos“ einige Anregungen über die Durchföhrung des Sachverständigenausschusses. Er behandelt insbesondere die Frage, wie besonders interessierende Fragen der Sanktionen. Er behauptet, daß diese Frage sich nicht lösen lasse. Würden keine Sanktionen vorzulegen, so würde keiner Rücksicht auf die Verhütung, gewisse Bestimmungen des Ausschusses unter Acht zu lassen, sehr hart sein. Die einzige Schwierigkeit liegt in der Frage, inwiefern sich unter den Alliierten eine Vereinbarung über die Art der Sanktionen erzielen lasse. Vor allen Dingen müsse zu der Frage

Stellung genommen werden, wann nach Auffassung eines der Verbündeten ein Anstoß zur Erarbeitung von Sanktionen gegeben sei.

General Spears macht folgenden Vorschlag: „Für den Fall, daß einer der Verbündeten eine Verletzung Deutschlands feststellt, soll das Sachverständigenkomitee ernannt zusammenzutreten und die Reparationskommission mitteilen, ob Deutschland tatsächlich sich für Verletzungen zu haben kommen ließ oder nicht. Es empfiehlt sich, daß das Sachverständigenkomitee soweit wie möglich aus denselben Personen besteht, die das erste Gutachten abgefaßt haben. Die Sachverständigen würden sich zur Beurteilung der Frage, ob Sanktionen am Platze sind, mehr als irgendwelche andere Persönlichkeiten eignen angesichts ihres moralischen Ansehens und ihrer völligen Unparteilichkeit. Außerdem wären sie alle mit der wahren Lage Deutschlands richtig vertraut. Die Reparationskommission würde dann die entsprechenden Maßnahmen beschließen.“

Eine zweite Schwierigkeit erblickt General Spears in der Auffindung geeigneter und wirksamer Sanktionen. „Es ist unmöglich“, stellt er fest, „Sanktionen fest zu bestimmen, die erst in zehn Jahren oder später zur Anwendung gelangen könnten. So würde es beispielsweise mit unbegrenzten Schwierigkeiten verknüpft sein, falls das Ruhrgebiet in Folge einer deutschen Verletzung wieder besetzt werden sollte, nachdem die Brückenköpfe des Rheins längst gemäß dem Vertrag von Versailles geräumt worden wären.“

Die Ausführungen Spears gipfeln schließlich in folgendem Vorschlag: „Die Festlegung der Sanktionen wird einem kompetenten interalliierten Ausschuss zur Aufgabe gestellt. Dieser Ausschuss legt sich aus wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Sachverständigen zusammen. Seine Mitglieder werden die einzelnen Reparationen aller sechs Monate von allen Sanktionen unterrichten, die nach ihrer Auffassung im Falle deutscher Verletzungen während der nächsten sechs Monate zur Anwendung gelangen müßten.“

Die französischen Wahlen und die internationale Anleihe

Telegramm unseres Korrespondenten
London, 20. Mai. Dem „Daily Telegraph“ wird aus New-York von offizieller Seite mitgeteilt, daß das Ergebnis der französischen Wahlen die Aussichten für die Unterbringung der internationalen Anleihe wesentlich gebessert habe. Zudem müsse endlich der Dollar den Weg nach Europa finden und andererseits dem Zutrom von Gold nach den Vereinigten Staaten ein Ende gemacht werden.